Stand: 26.04.2024 22:02:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/9920

"GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/9920 vom 19.10.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 20.10.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/11069 des HA vom 26.01.2012
4. Beschluss des Plenums 16/11386 vom 14.02.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 14.02.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache **16/9920**
19.10.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die Wohnungen der GBW AG weiterhin sozial verträglich bewirtschaftet werden.

Begründung:

Seit dem Beginn des EU-Beihilfeverfahrens über die Stützung der BayernLB wird darüber spekuliert, welche Beteiligungen die BayernLB in naher Zukunft veräußern muss. Dabei ist spätestens seit Anfang dieses Jahres absehbar, dass die BayernLB ihre Beteiligung an der GBW AG mit ihren mehr als 30.000 Mietwohnungen verkaufen muss. Für die betroffenen Mieterinnen und Mieter bedeutet dies eine Zitterpartie. Wir bedauern, dass Finanzminister Fahrenschon in der Vergangenheit trotz verschiedener parlamentarischer Initiativen keine Aktivitäten zur Verbesserung des Mieterschutzes unternommen hat. Die Mieterinnen und Mieter dürfen aber nicht die Zeche für Fehlspekulationen der Landesbank zahlen. Rechtzeitig muss Vorsorge getragen werden, dass der Wohnungsbestand im Sinn des Gemeinwohls weiter bewirtschaftet wird.

Der Freistaat Bayern als Haupteigentümer der BayernLB darf sich nicht vor seiner sozialen Verantwortung für die rund 85.000 betroffenen Mieterinnen und Mieter drücken, wie es auch der Bayerische Städtetag richtigerweise scharf kritisiert hat.

Bei der Veräußerung der GBW geht es nicht nur um soziale Auflagen beim Verkauf, sondern auch darum, einen zuverlässigen und seine soziale Verantwortung wahrnehmenden Käufer zu finden. Deshalb darf nach unserer Auffassung ein Verkauf ausschließlich an solche Unternehmen erfolgen, die ihre soziale Verantwortung gegenüber Mieterinnen und Mietern bereits länger beweisen. In Frage kommen hier Wohnungsgenossenschaften und die kommunalen Wohnungsgesellschaften bzw. ein Konsortium aus diesen. Sie wären in der Lage, die GBW und ihre Wohnungen in ihren jeweiligen Wohnungsbestand zu integrieren.

Für die Mieterinnen und Mieter wäre das die beste Lösung und für die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften durchaus eine auch ökonomisch attraktive Lösung

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/8256 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 16/9833 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe die Stimmen der Oppositionsfraktionen und die Stimme von Frau Dr. Pauli.

(Natascha Kohnen (SPD): Da ist noch eine!)

- Danke, ich habe noch eine CSU-Stimme gesehen. Es sind deutlich mehr Stimmen aus CSU und FDP dagegen, damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Moment, wir haben noch eine Abstimmung, beziehungsweise zwei Abstimmungen durchzuführen. Weil wir die Dringlichkeitsanträge heute nicht behandeln konnten, müssen wir sie den Ausschüssen zuweisen. Ihnen liegt eine Liste vor, für die es hinsichtlich eines Punktes einen Geschäftsordnungsantrag gibt. Wenn Sie schauen, der zweite Punkt von unten, das ist die Nummer 10. Der SPD-Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/9921 "Keine Patente auf Saatgut, Tiere und Lebensmittel" soll nicht, wie vorgeschlagen, an den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz überwiesen werden, sondern auf Wunsch der SPD federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Das steht zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, diesen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gegenprobe? - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Damit bleibt es so, wie es auf der Liste vorgesehen ist.

Ich lasse jetzt über diese Liste abstimmen. Wer damit einverstanden ist, dass die Anträge den ausgedruckten Ausschüssen zugewiesen werden, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Das sind alle Fraktionen und Frau Dr. Pauli. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Einige Enthaltungen bei den GRÜNEN. - Nein, das sind Ge-

genstimmen. Dann nehmen wir Gegenstimmen zu Protokoll. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und gegebenenfalls noch einen guten Nachhauseweg. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 18.26 Uhr)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**11069**
26.01.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/**9920**

GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Eike Hallitzky**
Mitberichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 138. Sitzung am 26. Oktober 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 54. Sitzung am 24. Januar 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 26. Januar 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**11386**
14.02.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**9920**, 16/**11069**

GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl
Abg. Ernst Weidenbusch
Abg. Harald Güller
Abg. Christine Kamm
Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
Abg. Karsten Klein
Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Staatssekretär Franz Josef Pschierer
Abg. Ludwig Wörner
Abg. Eike Hallitzky
Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 12 bis 15 gemeinsam auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Jörg Rohde, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)
GBW Verkauf - Im EU-Beihilfeverfahren auch weiterhin soziale Gesichtspunkte berücksichtigen (Drs. 16/9912)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)
Drohender Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und Mieter endlich effektiv schützen! (Drs. 16/9918)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen (Drs. 16/9920)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Veräußerung der GBW-Wohnungen (Drs. 16/9922)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat Herr Weidenbusch das Wort. Bitte sehr.

Ernst Weidenbusch (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Leider hat manche Diskussion der letzten Tage sehr stark mit den Ängsten der Mieter von Wohnungen der GBW AG gespielt. Ich denke, es ist

deswegen sinnvoll, wenn man Klarheit in die Diskussion bringt. Ich darf auf eine namhafte Münchner Zeitung, die eher nicht auf unserer Seite steht, verweisen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gibt es das überhaupt?)

- Das ist die "Süddeutsche Zeitung", in der Sie, Herr Kollege Aiwanger, normalerweise Ihre Wortmeldungen nachlesen. Die "Süddeutsche Zeitung" hat schon am 19.Oktober geschrieben, dass es ein Konsortium aus mehreren Unternehmen gibt, die eine nachhaltige Wohnwirtschaft versprechen und sich am Bieterverfahren beteiligen werden, und dass diese Unternehmen, die sich am Markt auskennen, auch zuversichtlich sind, das Geld für den Erwerb aufzubringen. - Diese Meldung darf man natürlich nicht unter den Tisch fallen lassen, obwohl sie nicht zum Schüren der Ängste der Mieter dient.

Ihre Dringlichkeitsanträge, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren von der Opposition, müssen wir sämtlich ablehnen. Entweder fordern Sie die Staatsregierung auf, etwas zu tun, was sie ohnehin schon tut, nämlich sich für soziale Komponenten einzusetzen, oder Sie fordern etwas, was die Staatsregierung nicht tun kann, da sie keine einseitige Festlegung ohne die EU-Kommission treffen kann.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich möchte aber noch zu zwei Themenkreisen gesondert Stellung nehmen.

Erstens. Ich habe gesehen, Herr Dr. Bauer, Sie sind nachher noch auf der Rednerliste. Sie hatten mir ja in der Debatte in der letzten Woche versprochen, dass Sie mir konkret Personen nennen, die von Nachteilen durch die BayernLB und die GBW betroffen sind. Ich bin heute gespannt, welche persönlich Betroffenen Sie nennen. Bitte nicht wieder pauschale Ausflüchte; denn Sie hatten ja angekündigt, Ross und Reiter, Namen und Adressen zu nennen.

Zweitens. Die LBBW hat zwischen 21.000 und 24.000 Wohnungen zum Preis von 1,4 Milliarden Euro an die Patrizia Versicherung verkauft.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

In Baden-Württemberg besteht ja nun eine rot-grüne Regierung, wir wissen also jetzt als Bayern, wo Rot-Grün den Maßstab für die soziale Verwertung von Wohnungen anlegt. Wir werden uns den Kaufvertrag und die sozialen Komponenten sehr genau anschauen. Wenn Sie dann zu dem Ergebnis kommen, dass wir einen solchen Verkauf wie den der LBBW an die Patrizia nicht wollen, so, denke ich, wissen wir Sie an unserer Seite, ein Konsortium aus bayerischen Kommunen davon zu überzeugen, dass es die Wohnungen kauft. Das ist auch der Grund, warum die Bayerische Staatsregierung den Kommunen ein exklusives Verhandlungsangebot gemacht hat und vorerst nur mit den Kommunen verhandelt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Weidenbusch. Für die SPD bitte ich Herrn Güller ans Redepult.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Position zum Thema GBW ist bekannt: Wir wollen, dass der Freistaat zu seiner Verantwortung beim Landesbank-Debakel steht. Wir wollen, dass der Freistaat den durch das Vollversagen der CSU-Verwaltungsräte und des Vorstands bei der BayernLB verursachten Verkauf der GBW-Wohnungen nicht auf dem Rücken der 85.000 Mieterinnen und Mieter, aber auch nicht auf dem Rücken der bayerischen Kommunen und ihrer Wohnungsbaugesellschaften austrägt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Sie handeln, wir wollen, dass die Staatsregierung - und dazu hätte sie schon lange Zeit gehabt - die Mietverträge der 85.000 Mieterinnen und Mieter ändert, Mietern ab 60 Jahren ein lebenslanges Wohnrecht gibt, Luxussanierungen verhindert, keine Eigenbedarfskündigungen und keine Umwandlung von Wohnungen zulässt.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wie nötig dieses ist, haben wir gerade - Herr Kollege Weidenbusch hat es gesagt - bei dem Verkauf der Wohnungen der LBBW an ein privates Konsortium und nicht an ein kommunales Konsortium gesehen.

(Zurufe von der CSU)

Wir haben gesehen, dass 21.000 Wohnungen jetzt an die Patrizia gehen und 950 Wohnungen pro Jahr verkauft werden können.

(Dr. Manfred Weiß (CSU): Von den Genossen!)

- Herr Kollege, darf ich daran erinnern, wer die Landesbank in Baden-Württemberg in die Sch… gefahren hat?

(Zurufe von der CSU)

War das die neue grün-rote Regierung oder waren das Ihr Herr Mappus und Ihr Herr Ministerpräsident, der es sich jetzt in Europa bequem macht?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist nicht ganz richtig! - Eberhard Sinner (CSU): Das ist völlig falsch!)

Jetzt kommen wir wieder zu dem, worüber wir hier diskutieren.

(Zurufe von der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis einer weint!

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Lassen Sie bitte Herrn Güller ausreden.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen der CSU, Lautstärke ersetzt nicht Inhalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie uns darüber reden, wofür dieser Landtag und diese Staatsregierung zuständig sind, nämlich für den Schutz der bayerischen Mieterinnen und Mieter. Deswegen sind die Anträge der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER nach wie vor richtig. Der Antrag der CSU und der FDP, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist an Scheinheiligkeit wirklich kaum noch zu überbieten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Sie fordern Ihre Staatsregierung in diesem Antrag auf, dem Landtag rechtzeitig vor einem Verkauf zu berichten und alles zu erklären. Gleichzeitig gibt es heute Pressemitteilungen, dass der Verkauf aktiv begonnen hat, dass Sie ein Investment-Bank-Haus zur Beratung eingeschaltet haben und dass das ganze Verfahren mitten im Laufen ist.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja, und mit wem?)

Ich wüsste nicht, dass Sie dem Bayerischen Landtag, zum Beispiel dem Haushaltsausschuss oder dem sozialpolitischen Ausschuss einen Bericht gegeben haben, der jetzt selbst in Ihrem Antrag gefordert wird. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nenne ich "an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten."

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Wortmeldung des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

- Sie dürfen gerne danach.

Es gibt eine Anfrage des Kollegen Halbleib, der Kollegin Aures und von mir, in der wir genau fragen: Was hat denn die EU bisher gesagt? Welche schriftlichen Antworten oder Anforderungen gibt es denn? Bis heute haben wir darauf von Ihnen keine Ant-

wort bekommen. Deswegen ist Ihr Antrag tatsächlich nicht das Papier wert, auf dem er steht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei dieser Gelegenheit wollte ich auch noch eine Frage an den Finanzminister stellen, an Finanzminister Söder, dem die Interessen der 85.000 Mieterinnen und Mieter offensichtlich so wichtig sind, dass er heute Abend nicht einmal im Plenum ist.

(Zurufe von der CSU)

Ich kann aber Herrn Pschierer fragen. Vielleicht bekomme ich von Herrn Pschierer sogar - -

(Zurufe von der CSU)

- Herr Weiß, alles mit der Ruhe. Vielleicht bekommen wir ja von Herrn Pschierer heute im Gegensatz zu der Diskussion am 2. Februar in diesem Haus einmal eine präzise und klare Antwort. Ich wollte Herrn Söder persönlich fragen - Herr Pschierer, Sie können das aber sicher auch beantworten -, was es mit seiner Pressemitteilung vom 30. Januar dieses Jahres auf sich hat, in der er sagt, die EU-Kommission verbietet, dass der Freistaat die Wohnungen kauft. Das ist der Satz, auf den sich die Staatsregierung bisher immer bezieht und sagt: Wir kaufen die Wohnungen nicht, wir übernehmen sie nicht, das müssen schon die Kommunen machen und hierfür circa 1,5 Milliarden Euro aus ihren Haushalten auf den Tisch blättern.

Als wir dann am 2. Februar Herrn Pschierer - du erinnerst dich - in Zwischenfragen mehrfach gefragt haben, wie es denn damit steht, wurde daraus: Ich glaube, die EU-Kommission will das nicht, und wir könnten das in Bayern auch haushaltsrechtlich nicht machen. Was ist jetzt aus der Aussage von Herrn Söder in Pressemeldungen vom 30. Januar geworden? Ist das die Wahrheit, oder hat er an dieser Stelle schlicht und einfach gelogen? Das möchten wir als Opposition heute von der Staatsregierung wissen. Wo ist das Dokument der EU, in dem steht, dass der Freistaat gehindert ist,

die Wohnungen zum Beispiel über eine Stiftung oder über eine eigene Gesellschaft zu übernehmen? Herr Kollege Pschierer, heute Abend haben Sie Gelegenheit, darauf zu antworten. Im Übrigen stimmen wir unserem Antrag selbstverständlich zu, auch den Anträgen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN; Ihren Antrag werden wir wegen erwiesener Scheinheiligkeit ablehnen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Weidenbusch. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Güller, finden Sie nicht, dass es fair gewesen wäre, darauf zu verweisen, dass die SPD zu jedem Zeitpunkt im Verwaltungsrat der LBBW mit vertreten war, weil dort nicht nur die Regierungsparteien im Verwaltungsrat vertreten waren? Hätten Sie, wenn Sie eine Pressemitteilung zitieren, die auf einem Bericht der "Financial Times Deutschland" von 7.15 Uhr beruht, der bereits um 8.20 Uhr als falsch zurückgezogen wurde, gegenüber diesem Parlament und seinen Abgeordneten nicht die Verpflichtung, darzustellen, dass die "FTD" und dpa klargestellt haben, dass sich die Verkaufsbemühungen der BayernLB hinsichtlich der GBW AG derzeit exklusiv auf die bayerischen Kommunen beschränken und das Unternehmen, das eingeschaltet ist, ausschließlich deswegen dabei ist, um einen fairen Kaufpreis zu ermitteln? Würden Sie nicht sagen, dass es vor diesem Hintergrund hart an der Grenze des korrekten Umgangs unter Parlamentariern ist,

(Lachen bei der SPD)

wenn Sie die falsche Pressemitteilung zum wiederholten Male zitieren? Sie legen doch sonst auch so großen Wert darauf, dass alles so genau ist. Da wäre es doch schön gewesen, wenn Sie uns mit der Wahrheit bedient hätten.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo!)

Harald Güller (SPD): Danke für diese Steilvorlage. Lesen Sie das Protokoll nach. Ich habe gerade gesagt, dass die GBW-Verhandlungen konkret aufgenommen wurden. Dies ist ja wohl richtig; das haben Sie gerade noch einmal bestätigt. Herr Kollege, die Steilvorlage ist: In Ihrem Antrag steht: Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Parlament rechtzeitig vor dem Beginn der Verkaufsverhandlungen, vor Verhandlungen zu berichten. Ich stelle fest: Sie selber haben im Moment bestätigt, dass die Verhandlungen konkret begonnen haben, und zwar mit den Kommunen, und sie selber stellen fest, dass die Bayerische Staatsregierung bisher keinen Bericht abgegeben hat.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Doch! Letzte Woche im Plenum!)

Der Staatssekretär hat jetzt die Gelegenheit aufzuklären, ob der Herr Minister die Wahrheit gesagt hat oder ob er gelogen hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Ernst Weidenbusch (CSU): Oder ob Sie die Wahrheit sagen!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Kollegin Kamm zu Wort gemeldet. Bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor zwei Wochen haben wir uns schon einmal über die Zukunft der GBW-Wohnungen unterhalten. Leider ist in den letzten zwei Wochen Ihrerseits nicht geklärt worden, wie die Staatsregierung den Mieterschutz sicherstellen will und wie der Bestand der GBW-Wohnungen als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum weiterhin dauerhaft gesichert werden soll. Einen Bericht hierzu haben wir bereits im Januar 2011 beantragt. Dieser Berichtsantrag wurde in diesem Hause einstimmig angenommen. Bisher ist kein Bericht gegeben worden. Transparentes Verwaltungshandeln sieht anders aus, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie bleiben auch den Beweis schuldig, dass es dem Freistaat durch die EU tatsächlich verwehrt sein soll, die GBW-Wohnungen selbst zu erwerben. Der Haushaltsausschuss und der Europa-Ausschuss waren in Brüssel. Wir haben nichts dazu gehört, dass detaillierte Vorgaben gegeben werden. Es ist lediglich eine Umstrukturierung der Landesbank gefordert, aber es gibt kein Verbot, dass das Land einsteigt. Sie bleiben den Beweis schuldig, dass dem Freistaat verwehrt werden soll, die Wohnungen selbst zu erwerben, obwohl die EU hierzu im Detail nichts vorgibt. Sie wollen es sich offenbar sehr einfach machen. Sie wollen die GBW los werden und einen möglichst hohen Kaufpreis erzielen, um die Verluste, die die Staatsregierung selbst verursacht hat, weitestmöglich zulasten der Mieterinnen und Mieter wieder hereinzuholen und dabei am besten auch noch die Kommunen vorzuführen.

Herr Weidenbusch, wenn es Ihnen ernst wäre, dass die Kommunen in einem Geschäft mit der Staatsregierung zur Übernahme der Wohnungen faire Partner sind, wäre es angemessen, dass die Gesellschaft, die eine Wertermittlung durchführt, von beiden Vertragspartnern gemeinsam ausgesucht wird.Aber was erleben wir? Herr Söder spricht seit Januar dieses Jahres von dem relativ hohen Preis von 1,5 Milliarden Euro. Das zugrunde liegende Wertgutachten kenne ich nicht. Man muss auch berücksichtigen, dass nicht alle GBW-Wohnungen in München liegen; einige befinden sich in schwierigen Lagen. Zudem sind nicht alle Wohnungen in glänzendem baulichen Zustand; daher sind einige in den vergangenen Jahren zu Preisen von unter 20.000 Euro über den Tisch gegangen.

Wenn Sie die Wohnungen tatsächlich an die Kommunen verkaufen wollen, dann muss das zu einem Kaufpreis geschehen, den die Kommunen stemmen können. Deren Finanzkraft ist nicht überschäumend, sondern begrenzt. Zudem haben sie derzeit viele weitere Aufgaben zu bewältigen. In dem Kaufpreis muss auch der Umstand Berücksichtigung finden, dass die Wohnungen teilweise erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen.

Um Mieterschutz und Sozialverträglichkeit sicherzustellen, reicht es nicht, eine Sozialcharta zu verfassen und zu unterschreiben; es muss auch sichergestellt werden, dass deren Inhalte tatsächlich gelebt werden können. Den Mieterinnen und Mietern muss es möglich sein, aus der Sozialcharta eigene Rechtsansprüche abzuleiten. Dass es dazu kommt, ist derzeit nicht zu erkennen. Von daher ist zu befürchten, dass Ihre Sozialcharta nur ein Feigenblatt ist.

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie die Zeit genutzt hätten, um uns darzulegen, wie Ihre Versprechungen rechtswirksam umgesetzt werden sollen. Dazu hört man von Ihnen nichts; stattdessen liest man Pressemitteilungen wie die von heute früh.

Wir sind der Auffassung, dass das Land Bayern Verantwortung für die Wohnungen hat und dass die Mieterinnen und Mieter nicht die Zeche für das Milliardenfiasko der Landesbank zahlen sollen.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der CSU, der Freistaat Bayern hält über die Landesbank 92 % der GBW-Anteile. Im Land Baden-Württemberg hielten dagegen die Sparkassen den größten Anteil an den Landesbank-Wohnungen, das Land hatte nur eine Minderheitenbeteiligung. Die Handlungsmöglichkeiten, die Sie, Herr Finanzminister, haben, sind weitaus größer. Sie haben Handlungsmöglichkeiten und tragen damit auch Verantwortung. Handeln Sie! Vor allem: Stellen Sie endlich die geforderte Transparenz her!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Kamm. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Dr. Bauer an das Redepult.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Kollege Weidenbusch, ich möchte gleich auf das antworten, was Sie mir gesagt haben. Ich habe die Zwischenbemerkung sehr ernst genommen. Der Hintergrund ist folgender: Vor der letzten Parlaments-

debatte zu diesem Thema waren Betroffene auf mich zugekommen und hatten mir von ihrer Situation berichtet. Deswegen habe ich das gesagt.

Nach Ihrer Zwischenbemerkung habe ich mit diesen Personen wieder Kontakt aufgenommen und mit ihnen gesprochen. Sie sagen, es komme für sie nicht infrage, im Landtag "Ross und Reiter" zu nennen. Sie haben schlicht und einfach Angst. Das bitte ich zu respektieren. Ich habe mich, wie gesagt, darum gekümmert. Ihren Wunsch, Herr Weidenbusch, kann ich nicht erfüllen. Ich denke, wir sind uns einig darin, dass das so in Ordnung ist.

(Christine Kamm (GRÜNE): Herr Weidenbusch, Sie können ja auf die Demos der Mieterinnen und Mieter gehen! Dann hören Sie es selbst! - Ernst Weidenbusch (CSU): Dort war ich schon!)

Liebe Kollegen, meine Zeit läuft davon; ich möchte gern fortfahren. - Der soziale Wohnungsbau ist das Herzstück, das Gesicht des sozialen Bayerns. Das ist die Meinung der FREIEN WÄHLER, hinter der auch ich stehe. Die Landtagsfraktionen müssen sich immer wieder Gedanken darüber machen, wie der Verkauf der GBW-Wohnungen sozialverträglich "abgewickelt" - ich muss leider diesen Begriff verwenden; er ist feststehend - werden kann. Die Rede ist nicht von abstrakten Gegenständen, von juristischen Personen oder von Dingen, mit denen Sie vielleicht in Ihrem Beruf viel zu tun haben. Wir haben es hier mit Personen, mit Menschen zu tun. Es handelt sich insbesondere um Familien mit Kindern und um ältere Menschen, die jahrzehntelang in ihrem sozialen Umfeld gelebt haben. Gerade diese Menschen sind auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Wir möchten sie nicht allein lassen, sondern unterstützen. Damit Sie mich nicht missverstehen: Ich spreche Ihnen nicht ab, dass Sie das auch wollen. Das sage ich ausdrücklich.

Dass der Wohnungsmarkt insbesondere in Ballungsräumen angespannt ist, ist uns bekannt. München ist davon betroffen, aber auch andere Städte, zum Beispiel Nürnberg, Erlangen und Regensburg. Gerade in diesen Ballungsräumen hat die GBW mit

ihrem sozialen Wohnungsbau Bedeutung. Dort ist Wohnraum besonders teuer. Menschen, die in besonderem Maße auf bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, müssen sich darauf verlassen können, weiterhin in diesen leben zu können. Es kann nicht sein, dass die sozial Schwachen die Konsequenzen aus den Missständen, die heute schon öfter angesprochen worden sind, tragen müssen. Es muss der Grundsatz gelten: Auf dem Rücken der Mieter dürfen die Folgen der Fehlentwicklung im Zusammenhang mit der Landesbank nicht ausgetragen werden.

Die Bayerische Landesbank - darauf möchte ich ernsthaft hinweisen - hat zwei Hauptaufgaben: Nach Artikel 2 Absatz 3 des Landesbank-Gesetzes kann sie alle Arten von Bankgeschäften tätigen. Nach Artikel 2 Absatz 2 unterstützt sie durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat und seine kommunalen Körperschaften in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Das ist eine soziale Komponente im Landesbank-Gesetz. Unterstützung in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben - dieser soziale Gedanke muss berücksichtigt werden, wenn wir in diesem Hohen Haus über die GBW-Wohnungen diskutieren.

Die Bevölkerung erkennt übrigens die Bedeutung dieses sozialen Gedankens und spricht sich für eine ausreichende Anzahl an Sozialwohnungen aus. Laut einer repräsentativen Umfrage des VdW stimmen deutschlandweit 91 % der Bevölkerung für den Erhalt des sozialen Wohnungsbaus. Das sollte die Politik nicht verkennen; denn Wohnen ist ein existenzielles Grundbedürfnis. Es ist Voraussetzung für jede soziale Teilhabe.

Auch die Bayerische Verfassung nimmt darauf Bezug - ich zitiere Artikel 106 Absatz 1 -:

> Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

Zur Sicherung des sozialen Wohnungsmarktes sind die 33.000 Wohnungen der GBW dringend erforderlich. Unser aller Ziel muss es sein, dass unverhältnismäßige Mieter-

höhungen für die betroffenen Mieter nicht zustandekommen, sondern dass das Mietniveau möglichst beibehalten bzw. sozialverträglich angepasst wird.

Die sozialen Aspekte betonen die FREIEN WÄHLER in ihrem Antrag. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung.

Über die anderen Anträge haben wir schon debattiert; das Votum der Fraktionen werde ich übernehmen. Ich denke, auch wir sollten so abstimmen. Ich werbe noch einmal um die Zustimmung der Abgeordneten der CSU und der FDP. Obwohl es Herr Güller schon getan hat, möchte ich noch einmal auf den Antrag der Fraktionen von CSU und FDP eingehen; die Zwischenbemerkung von Herrn Weidenbusch bringt mich dazu. In dem Antrag der Koalition heißt es, dass "auch soziale Gesichtspunkte … Berücksichtigung finden können". Weicher und unbestimmter kann man es doch gar nicht mehr fassen! Das müssen doch auch Sie zugestehen. Weiterhin wird gefordert, den Landtag "zu informieren". Wir haben schon darüber gesprochen, werden aber noch hören, welche Antwort uns der Herr Staatssekretär gibt. Ich kann es jetzt nicht beantworten. Wir sind gespannt, was bei der "Information" herauskommt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte Sie nochmals, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Bauer. - Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Klein zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute erneut das Thema GBW auf der Tagesordnung. Wenn ich bisher gesagt habe "und täglich grüßt das Murmeltier", so gibt es heute wirklich ein paar neue Dinge zu besprechen. Das ist ja schon mal eine erfreuliche Begebenheit.

Zunächst möchte ich auf eines hinweisen, weil das der Presse zu entnehmen war. Ich wundere mich nach wie vor über die Wandlungsfähigkeit diverser SPD-Oberbürgermeister in Bayern.

(Maria Noichl (SPD): Das hängt einem schon zum Hals raus! - Christine Kamm (GRÜNE): Machen Sie doch erst mal Ihre Aufgaben als Landespolitiker!)

Man fährt ins Finanzministerium, führt Verhandlungen. Man macht einen Landesvorstandsbeschluss, wo man den Kauf über die Kommunen für völlig unmöglich hält. Herr Maly sagt: Natürlich verhandeln wir. Heute ist aber von Herrn Maly wieder zu lesen, dass er eigentlich der Meinung ist, dass es durchaus wahrscheinlich ist, dass diese Verhandlungen letztlich nicht erfolgreich sein werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Moment, das hat er nicht gesagt!)

Das ist ein Zitat aus der Presse von heute. Ich kann es Ihnen wörtlich vorlesen: "Ein Scheitern der Verhandlungen sei durchaus auch wahrscheinlich."

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte von der SPD endlich einmal wissen: Betreiben Sie diese Konsortiumsbildung ernsthaft und möchten Sie sich bei diesem Thema an einer Verhandlung exklusiv mit dem Finanzministerium beteiligen, oder führen Sie nur ein Showprogramm in der Presse auf? Das müssen Sie endlich einmal beantworten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Heute kam die Nachricht vom Verkauf in Baden-Württemberg. Auch wenn immer wieder auf das Desaster der Landesbank hingewiesen wird, muss man auch darauf hinweisen, dass in Baden-Württemberg im Gegensatz zu Bayern auch die Oppositionsparteien im Verwaltungsrat sitzen. Das macht deutlich, wie hier diskutiert wird, nämlich

dass nach außen erst einmal der Anschein erweckt wird, dass das allein die Vertreter der Staatsregierung erreicht hätten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie können doch die Verhältnisse in Baden-Württemberg nicht vergleichen!)

- Ich habe Ihnen doch gut zugehört. Herr Dr. Wengert, Sie fallen immer wieder durch viele Zwischenrufe auf, die aber inhaltlich leider sehr unzureichend sind.

Letztendlich geht es nicht um dieses Desaster, sondern wir beschäftigen uns mit dem Verkaufsprozess. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Verkaufsprozess in Baden-Württemberg ist alleine durch die rot-grüne Landesregierung beschlossen und in Fahrt gesetzt worden. Das stand im Koalitionsvertrag drin.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ihre Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg haben diesen Prozess ganz alleine durchgeführt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Nein, ich erlaube keine Zwischenfrage. Wir können am Ende meiner Rede darüber sprechen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Darum frage ich Sie an dieser Stelle, ob Sie Ihre Empfehlungen, die Sie hier so eloquent vortragen, nicht Ihren Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg sagen könnten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist nicht das Thema!)

Übrigens hat auch die Thematik Veränderung der Mietverträge in Baden-Württemberg nicht stattgefunden. Aber hier in Bayern wird es eingefordert.

Dann ist natürlich noch besonders interessant - Frau Kamm, weil Sie gerade so dazwischengeschrien haben - ein Zitat Ihres geschätzten Kollegen aus Baden-Württemberg, dem Herrn Ministerpräsidenten, der gesagt hat, dass der Kauf heute und die Entscheidung des Aufsichtsrats absolut vertretbar sind. Er wird auch noch mit der Aussage zitiert, dass ein Bieterunterschied von 30 Millionen Euro auch ein Haufen Geld sei. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer solche Maßstäbe in diesem Land setzt und in einem anderen Land, wo man Verantwortung trägt, anders handelt, der muss sich das von uns vorhalten lassen, auch wenn Sie gewisse Einschlafmechanismen vortäuschen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann möchte ich zu der Frage kommen: Kauf durch den Freistaat Bayern ja oder nein. Vielleicht können Sie Ihre Kollegen Oberbürgermeister informieren: Hier kommt nämlich der Artikel 65 der Bayerischen Haushaltsordnung zum Zuge, wo es um Beteiligungen geht. Da steht klipp und klar, dass ein unmittelbares und wichtiges Interesse des Staates vorliegen muss, damit eine Staatsbeteiligung erworben werden kann.

(Volkmar Halbleib (SPD): Mieterinteressen sind unwichtig?)

- Natürlich sind Mieterinteressen wichtige Interessen, Herr Kollege Halbleib, aber es ist definitiv keine Staatsaufgabe, Mietwohnungen, auch im sozialen Mietwohnungsbau zu erhalten. Wir sind zuständig für die Förderung sozialer Mietwohnungen. Dafür haben wir bei der Landesbank eine Gesellschaft,

(Markus Rinderspacher (SPD): Schauen Sie mal in die Bayerische Verfassung!)

die den sozialen Wohnungsbau fördert. Wir haben Förderprogramme und erfüllen unsere Aufgabe in diesem Bereich. Der Besitz, das Eigentum an Wohnungen ist nicht Aufgabe des Freistaats Bayern. Das gilt nicht nur für Beteiligungen, sondern das gilt auch explizit für den Erwerb von Vermögensgegenständen. Artikel 63 der Haushalts-

ordnung besagt, Vermögensgegenstände sollen nur erworben werden, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Staates in absehbarer Zeit erforderlich sind.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da tun sich ja Abgründe auf!)

Das können wir in beiden Fällen verneinen. Deshalb sind wir überhaupt nicht in die Lage versetzt - da können Sie noch so oft hier dazwischenrufen -, diese Wohnungen über Anteilskauf oder real zu kaufen. Das ist eine Tatsache. Das mag schmerzen, aber es ist eben so.

(Volkmar Halbleib (SPD): Privat vor Staat, das ist eure Devise!)

Ich möchte endlich eine Frage hier beantwortet haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Freitag gibt es wieder eine Sitzung. Ich möchte in der Verantwortung auch für die Mieterinnen und Mieter endlich eine Antwort der Kommunen haben: Werden sie ehrlich und engagiert eine Konsortiumsbildung vorantreiben oder nicht? Ich möchte nicht, dass wir ständig eine Schattendiskussion führen. Ich möchte endlich eine Antwort haben und nicht immer neue Debatten darüber im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Die Situation in Baden-Württemberg hat gezeigt, dass die Kommunen im Gegensatz zu dem, was Sie in Ihrem Beschluss festgehalten haben, in der Lage sind, ein Konsortium auf den Weg zu bringen und auch die Finanzmittel auf den Weg zu bringen. Bitte, machen Sie den Leuten nicht weis, dass die bayerischen Kommunen nicht dazu in der Lage sind, was die baden-württembergischen Kommunen leisten können. Das ist einfach unredlich.

(Beifall bei der FDP)

Sollten wir nicht endlich einen Schritt vorankommen, dann werden wir den Finanzminister auffordern, auch mit anderen Wohnungsbaugesellschaften, die sich im sozialen

Wohnungsbau engagieren - da gibt es reichlich in Deutschland - Verhandlungen aufzunehmen. Es besteht das Angebot exklusiv an die Kommunen. Aber es muss auch ergriffen und genutzt werden. Darum erwarten wir in den nächsten Tagen eine Antwort von den Kommunalverbänden.

(Harald Güller (SPD): Die liegt Ihnen doch schon vor!)

- Die liegt eben nicht vor. Die Äußerung von Herrn Maly heute ist, dass die Verhandlungen wahrscheinlich scheitern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein!)

- Ich habe es Ihnen gerade vorgelesen. Der Beschluss des SPD-Landesvorstands sagt doch auch, dass die Kommunen dazu nicht in der Lage sind. Ich möchte eine klare Antwort: Kommt es zum Konsortium? Werden Sie aktiv bei den Verkaufsverhandlungen? Nutzen Sie das Exklusiv-Angebot, ja oder nein? Ich will keine Antwort nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Ich möchte eine klare Antwort.

(Beifall bei der FDP)

Nun zum Thema Sozialcharta. Baden-Württemberg hat gezeigt, dass es mit einer Sozialcharta funktioniert. Das ist der Weg, den wir von Anfang an beschrieben haben. Wir wollen keine Verträge ändern, sondern wir wollen die Sozialcharta. Das ist in Baden-Württemberg geschehen unter massiver Mitwirkung von Rot-Grün. Mich wundert nur, dass in Baden-Württemberg nicht die Leitlinien, die Sie in Ihrem Antrag und im Beschluss des Landesvorstands haben, angewendet worden sind, sondern ganz andere Richtlinien. Hier gilt das Beispiel, wie ich am Anfang sagte: Hier reden, dort handeln. Zwei verschiedene Aktionen. Auch das werden wir natürlich den Bürgerinnen und Bürgern sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind weiterhin auf dem Weg - das steht auch in unserem Antrag -, dass wir beim Verkauf der Anteile an der GBW durch die Bayerische Landesbank eine Sozialcharta

erstellen werden und damit den sozialen Mieterschutz - so ist die Argumentation ja auch aus Baden-Württemberg - deutlich über den aktuellen Mieterschutz anheben. Diesen Weg werden wir weitergehen. Es besteht das Exklusiv-Angebot an die bayerischen Kommunen. Dazu stehen wir. Wir begrüßen das. Das haben wir immer wieder gesagt. Wir möchten jetzt aber eine Antwort haben. Ansonsten müssen wir andere Wege gehen in Verantwortung für die Mieterinnen und Mieter, die eine gewisse Planungssicherheit brauchen. Wir müssen zu einem Ende des Prozesses kommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Welchen anderen Weg haben Sie denn?)

Nicht 30 Millionen Euro sind unsere Richtlinie, wie Herr Kretschmann in Baden-Württemberg sagte, sondern uns geht es erst einmal darum, dass diese Wohnungen geordnet an eine Wohnungsbaugesellschaft, an ein Konsortium gehen, um den Sozialleitlinien, die in der GBW verankert sind, gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Mir liegen noch zwei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Klein, ich hätte mir gewünscht, dass Sie einfach ausführen, wo es hingehen soll. Sie haben natürlich lieber über die Kommunen gesprochen und Ihr vermeintliches Halbwissen und Viertelwissen über die Vorgänge in Baden-Württemberg zum Besten gegeben. Ist Ihnen bekannt, dass bei der LBBW in Baden-Württemberg der Sparkassenverband 40,5 % der Anteile hält? Ist Ihnen bekannt, dass an der LBBW die Stadt Stuttgart 19 % des Anteilspaketes hält? Ist Ihnen bekannt, dass die Stadt Stuttgart von einem CDU-Oberbürgermeister regiert wird?Vielleicht sollten Sie die Vorgänge genauer analysieren, bevor Sie hier eine so freche Lippe wagen.

Zweitens höre ich bei Ihren Ausführungen ähnliche Halbwahrheiten darüber, warum es dem Freistaat Bayern angeblich nicht möglich sein soll, Wohnungen zu übernehmen. Die Verantwortung für die Mieter in schwierigen Situationen und für den sozialen Wohnungsbau ist sicher auch Aufgabe des Landes.

Ferner stellt sich an Sie die Frage: Für wie glaubwürdig halten Sie es denn, wenn zuerst Herr Söder sagt, 1,5 Milliarden Euro sei der richtige Preis, aber wir heute von Herrn Weidenbusch erfahren, dass der Investment-Broker Lazard lediglich dazu beauftragt sein soll, die Werte der GBW zu ermitteln?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein zur Erwiderung.

Karsten Klein (FDP): Frau Kollegin Kamm, vielen Dank für Ihre Zwischenbemerkung. Ich habe Ihnen die Artikel der Bayerischen Haushaltsordnung vorgelesen. Insofern berufe ich mich nicht auf Halbwissen. Vielleicht sollten Sie diese Haushaltsordnung einmal zur Kenntnis nehmen. Ich weiß, dass es GRÜNEN schwerfällt, Gesetzmäßigkeiten und rechtstaatliche Prozesse anzuerkennen.

(Unruhe bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Herr Dr. Wengert, Sie sind doch nicht bei den GRÜNEN, aber vielen Dank.

Frau Kamm, ich beantworte Ihre Frage nochmals. Ich habe klar dargelegt, dass es sich hierbei nicht um Halbwissen, sondern um eine Faktenlage handelt, die Sie einfach nicht akzeptieren wollen.

Zur Staatsaufgabe: Der soziale Wohnungsbau ist eine kommunale Aufgabe.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Quatsch!)

Der Freistaat Bayern fördert den sozialen Wohnungsbau über Fördertöpfe und über eine Gesellschaft bei der Bayerischen Landesbank. Wir erfüllen diese Aufgabe. Es ist

aber nicht Aufgabe des Freistaats Bayern, Wohnungsbestände - auch nicht soziale Wohnungsbestände - zu halten.

Zu Ihren Bemerkungen über das Halbwissen in Baden-Württemberg: Winfried Kretschmann ist doch von den GRÜNEN. Vielleicht reden wir über verschiedene Länder. Ich kann Winfried Kretschmann gerne nochmals zitieren, der den Kauf durch die Augsburger Immobilienunternehmung Patrizia für vertretbar hält. Kretschmann sagte heute in Stuttgart: "Der Zuschlag erfolgte nach einem fairen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren." Dazu kommt das vorhin gebrachte Zitat - ich bringe es nochmals -: Der Bieterunterschied von 30 Millionen Euro sei ja schon ein Haufen Geld.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Ich zitiere hier Worte aus Baden-Württemberg. Das ist kein Halbwissen, sondern Faktenlage.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber wo ist Ihre Stimme?)

- Es kann sein, dass Ihnen diese Fakten nicht gefallen, aber sie sind in Baden-Württemberg nun mal so.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Frau Kamm, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass diese Sozialcharta in Bezug auf den Verkauf in Baden-Württemberg und der Prozess, der im Koalitionsvertrag niedergeschrieben ist, unter Mitwirkung der grünen Landesregierung durchgeführt worden sind. Auch die Sozialcharta ist mit Zustimmung der rot-grünen Regierung durchgeführt worden. Es hilft nichts, sich jetzt mit einem Hinweis auf 20, 24 oder 25 % in die Büsche zu schlagen. Es ist nun mal so: Handeln und Reden fällt bei Ihnen eklatant auseinander. Das muss man den Bürgerinnen und Bürgern sagen dürfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christine Kamm (GRÜNE): Diesen Fragen weichen Sie aus! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich bitte ausnahmsweise einmal um Aufmerksamkeit. Damit in diese Debatte ein bisschen Ruhe kommt, schiebe ich etwas Geschäftsleitendes dazwischen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Frau Kollegin, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Kann ich jetzt weitermachen? - Gut, versuchen wir es.

Es wurde mir mitgeteilt, dass sich die Fraktionen bei Tagesordnungspunkt 16 darauf verständigt haben, auf die Aussprache zu verzichten, aber eine namentliche Abstimmung durchzuführen. In der jetzt laufenden Viertelstunde werden wir die Debatte zu Tagesordnungspunkt 15 fortsetzen.

Herr Güller hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Klein, Sie haben gerade eine Frage gestellt und eine klare Antwort zum Beispiel auch der Landeshauptstadt München oder der Stadt Nürnberg zu den weiteren Verhandlungen angemahnt. Nachdem ich Sie als Kollege kenne, der sich ordentlich vorbereitet, gehe ich davon aus, dass Ihnen Ihr Koalitionspartner im Finanzministerium zum Beispiel das Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt München, Christian Ude, vom 2. Februar 2012 an Herrn Ministerialdirigenten Dr. Klein vorenthalten hat. Darin heißt es unter anderem:

> Zu Ihrem Schreiben vom 30. Januar 2012 darf ich Sie darauf hinweisen, dass bei den Kommunen keinerlei Meinungsumschwung erfolgt ist. Dies gilt in gleicher Weise für den Mieterverein und den Mieterbund, die Stadt München und den Bayerischen Städtetag sowie die Opposition im Bayerischen Landtag. Alle haben darauf hingewiesen,
>
> 1. dass die ungewisse Zukunft der GBW AG allein den Finanzabenteuern und Milliardenverlusten der Landesbank anzulasten ist;

2. dass die aus Sicht der Mieterschaft wie auch der Kommunen beste Lösung ein Erwerb der GBW AG-Anteile durch den Freistaat Bayern wäre;

3. dass die Mieterschaft, wie ich schon im Jahr 2009 dem Bayerischen Ministerpräsidenten, Horst Seehofer, schriftlich mitgeteilt habe, am wirksamsten durch mietvertragliche Ergänzungen geschützt werden könnte.

Leider hat sich die Staatsregierung entgegen den Forderungen der Mieter und der Kommunen und der Opposition nicht dazu bereit finden können.

Herr Ude führt weiter aus:

Aus diesem Grund haben wir bei der Besprechung am 16. Januar 2012 ausdrücklich anerkannt…

Hier folgen einige Punkte, wo sich der Freistaat bewegt hat. Herr Ude schließt:

In diesem Sinne sollten die Benennung einer Delegation und die gemeinsame Bildung eines Arbeitskreises erfolgen. Daran hat sich nichts geändert. Der Städtetag hat bereits in Absprache mit dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Landkreistag zu einem Treffen der betroffenen Städte und Gemeinden und zur Einsetzung einer Verhandlungskommission eingeladen, wie Ihnen der Landesvorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, mit Schreiben vom 31.01.2012 mitgeteilt hat.

Auch dieses Schreiben haben Sie vom Finanzministerium offensichtlich nicht mitgeteilt bekommen.

Dies nimmt aber weder den Kommunen noch den Mietervereinigungen noch den Oppositionsfraktionen das Recht, ihre von Anfang an geäußerten weitergehenden Forderungen in Erinnerung zu rufen

Damit dürfte Ihre Frage eindeutig, klar und prägnant beantwortet sein.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung: Herr Kollege Klein, bitte.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Güller, ich bedanke mich, dass Sie mich und das Protokoll an Ihren Weisheiten und Briefen teilhaben lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Herr Dr. Wengert, seien Sie doch nicht immer so nervös.

Herr Güller, ich bitte Sie auch, Ihre Kollegen Dr. Maly und Ude zu bitten, solche Äußerungen, wie sie heute in den Agenturmeldungen zu lesen sind, in der Öffentlichkeit zu unterlassen; denn sie sorgen für Irritationen und sind kein klares Bekenntnis dazu, dass Sie an diesen Verfahren teilhaben wollen. Sonst bräuchte man solche Äußerungen wie etwa, das sei alles sehr unwahrscheinlich, nicht machen. Wer verhandeln und erfolgreich sein will, braucht zu Beginn der Verhandlungen nicht zu sagen, das sei alles sehr ungewiss und unwahrscheinlich. Wahrscheinlich werde man es doch nicht durchbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Des Weiteren habe ich bereits zum wiederholten Male klargemacht, welchen Weg wir in der Koalition beim Verkauf der GBW-Wohnungen gehen wollen; ferner, dass wir die Sozialcharta befürworten usw. Ich verstehe deshalb nicht, warum immer wieder Rückfragen zu unserem weiteren Vorgehen kommen. Das haben wir hier schon mehrmals beantwortet. Sie bekommen im Landtag eigentlich ständig, mindestens im Drei-Wochen-Turnus, neue Berichte. Herr Pschierer hat beispielsweise vor zwei Wochen berichtet und wird auch heute wieder berichten. Auch im Ausschuss bekamen wir Berichte. Die Behauptung, wir seien über die neuen Schritte nicht informiert, ist also falsch.

Im Übrigen möchte ich auch darauf hinweisen, dass es Exklusivverhandlungen gibt - auch das ist bekannt - und dass wir jemanden beauftragen, die Wertigkeit zu bemes-

sen. Das ist im Beisein Ihrer Oberbürgermeister vereinbart worden. Hier zu behaupten, man wisse über bestimmte Prozesse nichts, entspricht nicht den Tatsachen. Auch das muss man hier sagen dürfen.

(Beifall von der FDP und der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir in der Debatte zum nächsten Redner. Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Ernst Weidenbusch das Wort. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ausdrücklich an Frau Kamm wenden. Frau Kamm, Sie gehen von einem Kaufpreis in Höhe von 1,5 Milliarden Euro aus.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein, ich nicht, sondern der Herr Söder!)

Nehmen wir einmal diese Zahl. Wenn man 1,5 Milliarden zu 100 % fremdfinanzieren will, braucht man beim aktuellen Zinssatz und einer Laufzeit von 20 Jahren 5 % Annuität. Ich rechne für Sie, Frau Kamm, extra einen hohen Wert, damit Sie 20 Jahre tilgen können.Das heißt, Sie müssen 75 Millionen Euro per anno aufwenden, um die Annuität zu bedienen. Das sind im Monat - geteilt durch zwölf - 6,25 Millionen Euro. Um 6,25 Millionen Euro im Monat zu bedienen haben Sie, wenn Sie 33.000 Wohnungen haben, eine Durchschnittsmiete, die dieses Angebot praktisch beinhaltet, von 195 € pro Monat und Wohnung. Das heißt, das Angebot von 1,5 Milliarden an die bayerischen Kommunen lautet, diese 33.000 Wohnungen zu kaufen, sodass sie im Durchschnitt für 195 € vermietet werden können und sich selbst amortisieren. Ich bitte Sie einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass das alles nur - -

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Herr Pfaffmann, dass Sie lachen, verstehe ich, weil Ihnen Zahlen fremd sind. Aber Sie können nichts daran ändern. Es ist eine reine Rechenaufgabe.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine Milchmädchenrechnung …!)

Wo ist denn die Milchmädchenrechnung, Herr Rinderspacher? Sagen Sie mir doch bitte, was daran nicht stimmt. Sind nicht 5 % von 1,5 Milliarden Euro 75 Millionen Euro? Sind 75 Millionen Euro geteilt durch zwölf nicht 6,25 Millionen Euro? Sind 6,25 Millionen Euro geteilt durch 33.000 Wohnungen nicht 195 €?

Wissen Sie, diesbezüglich ist Ihnen die Realität einfach im Weg. Ich störe jetzt Ihre Vorurteile mit meinen Argumenten.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen: Sie werden den Mietern nicht weismachen können, dass 195 € Miete pro Wohnung unsozial sind. Sie werden auch damit scheitern, wenn Sie sagen, dass die Kommunen damit völlig überfordert sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu oder sind Sie schon am Ende Ihrer Rede?

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich bin schon zu Ende.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Dann wird es wohl eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Kamm, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich denke, dass diese Rechnung außerordentlich knapp und optimistisch ist. Sie berücksichtigt nicht die Wohnungssituation und auch nicht das Risiko, das die Kommunen haben, weil einige Kommunen Bestände aus finanziellen Gründen, aus Überschuldungsgründen nicht kaufen können, weil sie unter Finanzvorbehalt sind. Mit diesen 5 % haben Sie wirklich eine sehr knappe und außerordentlich gewagte Rechnung aufgestellt. Sie haben auch nicht den Modernisierungs- und Instandhaltungsbedarf berücksichtigt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Weidenbusch zur Erwiderung, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Kollegin Kamm, dann nehme ich Ihnen zuliebe 7 %.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Dann sind es 90 Millionen, geteilt durch zwölf ist gleich 8,25 Millionen. Wenn Sie diese Zahl durch die 33.000 Wohnungen teilen, sind Sie bei 240 €. Ich kann auch 9 % nehmen. Ich komme aber niemals in die Nähe Ihrer Zahl. Sie haben hier am Mikrofon gesagt: Diese Wohnungen seien teilweise an Orten und in einem Zustand - da kann man keine Münchner Verhältnisse nehmen - und Sie haben dann gesagt, es seien Wohnungen dabei, die vielleicht noch 120.000 € wert wären.

(Christine Kamm (GRÜNE): 20.000 € hab' ich gesagt!)

- Gut, 20.000 €. Selbst wenn Sie die 20.000 € nehmen: Ist Ihnen bewusst, dass bei 1,5 Milliarden Euro der Durchschnittspreis für 33.000 Wohnungen, von denen ein Drittel aber in München liegt, bei 43.700 € liegt? Jede dieser 33.000 Wohnungen ist dann im Durchschnitt für 43.700 € zu kaufen. Können Sie mir irgendjemanden nennen, der der Stadt München angeboten hätte, 10.000 Wohnungen zu jeweils 43.700 € zu kaufen?

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Können Sie mir irgendeine Maßnahme der Landeshauptstadt München nennen, bei der es der Landeshauptstadt München auch nur im Entferntesten gelungen wäre, Wohnungen für 43.700 € zu bauen? Hören Sie mit dem Unsinn auf! Gehen Sie in die Grundschule zurück und lernen rechnen, bevor Sie die Leute hier wahnsinnig machen. Das ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Als nächstem Redner darf ich für die Bayerische Staatsregierung den Kollegen Franz Josef Pschierer ans Mikrofon bitten.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, vielleicht doch wieder etwas Sachlichkeit in die Debatte zu bringen, wobei das schwerfällt.

Herr Kollege Güller, ich habe zwei Fragen: Können Sie es nicht kapieren oder wollen Sie es nicht kapieren?

(Harald Güller (SPD): Mir wäre eine Antwort lieber!)

Ich glaube, es ist beides bei Ihnen! Dann sind Sie aber in diesem Hohen Hause fehl am Platz, Herr Güller.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Diese Regierungskoalition aus CSU und FDP braucht sich, was soziale Belange angeht, die Münchner Mietpreise nicht vorhalten lassen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Einen kleinen Moment, bitte, Herr Staatsekretär.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Die teuersten Wohnungen haben Sie geschaffen, weil Sie seit Langem in der Landeshauptstadt unter SPD-Verantwortung eine verfehlte Wohnungsbaupolitik machen.

(Beifall von der CSU - Zuruf eines Abgeordneten der FREIEN WÄHLER: Wie Sie eine verfehlte Strukturpolitik!)

Das Zweite, woran man das soziale Herz eines bayerischen Sozialdemokraten gut erkennen kann, ist: Als dieses Hohe Haus den bayerischen Kommunen ermöglicht hat,

eine Zweitwohnungssteuer zu erheben, weil man für die bayerischen Tourismuskommunen etwas tun wollte, bevor Hindelang, Oberstdorf und Bad Wörishofen das tun konnten, hat es der Oberbürgermeister mit seinem Kämmerer für die Krankenschwestern und Polizeibeamten in der Landeshauptstadt als erstes eingeführt.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine Doppelmoral, die nicht zu überbieten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Jetzt zum Thema. Herr Güller, Sie kapieren es nicht. Wir sind nicht Herr des Verfahrens, ob Ihnen dies nun passt oder nicht. Herr in diesem Verfahren sind die EU-Kommission und der Wettbewerbskommissar.

(Zuruf von der SPD: Sie sind nicht Herr der Lage!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss man sich einmal vorstellen: Am 27.03.2011 wurde in Baden-Württemberg eine neue Landesregierung gewählt. Sie hat aber eines nicht getan, was wir tun. Wir führen exklusive Verkaufsgespräche mit den bayerischen Kommunen. Das hat die rot-grüne Regierungskoalition in Stuttgart nicht getan. Was hat sie getan? Sie ist sofort in ein Bieterverfahren eingestiegen und hat den baden-württembergischen Kommunen kein Exklusivrecht angeboten.

Deshalb machen Sie erst einmal Ihre eigenen Hausaufgaben bei Ihren Parteifreunden in Stuttgart, bevor Sie uns kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Ich habe doch eine klare Frage gestellt!)

Herr Kollege Güller, Sie haben den Finanzminister zitiert. Er war übrigens heute schon hier und hat zum Thema Länderfinanzausgleich gesprochen. Diesbezüglich können Sie auch von Herrn Kretschmann von den GRÜNEN etwas lernen, der ist schon viel

weiter als Sie. Der Herr Minister und sein Staatssekretär sind der Auffassung gewesen, dass für Herrn Güller der Staatssekretär völlig ausreichend sei, meine Damen und Herren.

(Harald Güller (SPD): Das ist eine Arroganz ersten Ranges. Ich will nur eine einfache Antwort!)

Herr Güller, die Antwort bekommen Sie jetzt, weil Sie den Staatsminister der Finanzen zitiert haben. Ich zitiere heute aus einer dpa-Meldung, was Stuttgart angeht. Die Bank ist bei ihrer Entscheidung - ich zitiere wörtlich - "an Auflagen der Europäischen Union gebunden gewesen, die für den Verkauf ein diskriminierungsfreies Verfahren" vorgeschrieben hätte. Keine freie Wahl - weder der baden-württembergischen Landesregierung noch der bayerischen Staatsregierung -, es ist grundsätzlich vorgeschrieben, nämlich ein diskriminierungsfreies Vergabeverfahren.

(Zurufe der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE), Harald Güller und weiterer Abgeordneter der SPD)

Wir haben trotzdem bei der EU gesagt: Wir wollen den bayerischen Kommunen exklusiv den Vorrang einräumen. Herr Kollege Güller und Frau Kollegin Kamm, jetzt müssen Sie aber Ross und Reiter nennen. Unser Angebot steht. Sie haben heute mehrfach falsch zitiert. Der Berater, Investmentbank Lazard, der eingeschaltet worden ist, und aufseiten der Bayerischen Landesbank Dr. Zoller haben als ersten Auftrag, die Exklusivgespräche mit den bayerischen Kommunen zu führen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Jetzt müssen Sie die Frage beantworten, die Kollege Klein Ihnen gestellt hat. Der OB Maly hat schön formuliert: Er wird sich bemühen, eine Verhandlungskommission zu benennen und

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war nicht der OB Maly!)

dankt auch im Namen der Kommunen - ich zitiere wörtlich: "Maly dankt für die Exklusivverhandlungen." Das heißt konkret, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN:

(Markus Rinderspacher (SPD): Er hatte das Mandat des Bayerischen Städtetages, das ist ein gewaltiger Unterschied!)

Die Bayerische Staatsregierung will den Verkauf an ein kommunales Konsortium. Meine Frage an Sie lautet: Wollen Sie es oder wollen Sie es nicht? Und wenn Sie es wollen, dann müssen Sie es hier in diesem Hohen Haus befördern, draußen dafür geradestehen

(Harald Güller (SPD): Haben Sie Ihre Ohren geschlossen?)

und dürfen hier nicht mit gespaltener Zunge reden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Kollege Güller, Sie sind die Antwort schuldig geblieben, ob Sie den Verkauf an ein kommunales Konsortium wollen: Ja oder Nein?Die Staatsregierung will den Verkauf an die bayerischen Kommunen, an ein Konsortium, weil sie der Auffassung ist, dass es dort auch hingehört.

Weil Sie Kollegen Klein wegen seiner Anmerkungen zum Haushaltsrecht zitiert und auch kritisiert haben

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir haben ihn nicht kritisiert!)

- doch, haben Sie schon -, sage ich: Meine Damen und Herren, der Zweck, den Sie erfüllen wollen, wird am besten durch die bayerischen Kommunen und nicht durch den Freistaat Bayern erfüllt. Wenn der Zweck durch andere als durch den Freistaat Bayern erfüllt werden kann, dann dürfen, können und sollen wir das aus Gründen des Haushaltsrecht auch nicht tun. Es wäre doch verrückt, 33.000 Wohnungen im Freistaat

Bayern zu verstaatlichen. Das ist keine staatliche Aufgabe; das ist originäre Aufgabe der bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die EU-Kommission wird auch nicht tolerieren, dass wir ein In-Sich-Geschäft machen, dass wir uns von der GBW verabschieden und als Freistaat Bayern einsteigen.

(Harald Güller (SPD): Gibt es ein Verbot der EU, oder hat der Minister gelogen?)

Ein allerletzter Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir fühlen uns der Sozialcharta der GBW verpflichtet. Herr Güller, Sie wissen auch, was da drin steht. Sie haben das ausnahmsweise einmal richtig zitiert: keine Kündigung von Mietern über 60 Jahre, keine Umwandlung in Eigentumswohnungen und keine Luxussanierungen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Claudia Stamm?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Nein, bitte nicht. Schon im Interesse der 85.000 Mieterinnen und Mieter lasse ich das jetzt nicht zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen bei der SPD - Harald Güller (SPD): Hat der Minister gelogen oder nicht?)

Ich sage noch ein Allerletztes, weil Sie nachträglich Zusatzverträge abschließen wollen.

(Harald Güller (SPD): Was hat der Minister gesagt?)

Diese Zusatzverträge sind beihilferechtlich nicht möglich, weil sie praktisch im Nachhinein Einfluss auf mögliche Kaufverhandlungen nehmen. Nachträglich Zusatzverträge abzuschließen, wird mit dem Beihilferecht nicht zu vereinbaren sein.

Ein weiterer Punkt, der für mich entscheidend ist: Die GBW - Herr Güller, seien Sie mir nicht böse, das kapieren Sie halt einfach nicht - ist eine Aktiengesellschaft, die börsen-

notiert ist. 92 % gehören der Landesbank, und 8 % gehören Minderheitsaktionären. Wenn wir jetzt Zusatzverträge abschließen würden, die eventuell den Erlös mindern, hätte jeder Minderheitsaktionär das Recht, dagegen zu klagen. Das geht also gar nicht. Verantwortlich für das operative Geschäft ist der Vorstand dieses börsennotierten Unternehmens.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Herr Güller, deshalb die klare Ansage: Wir wollen den Verkauf an ein kommunales Konsortium im Freistaat Bayern.

(Harald Güller (SPD): Wie kann ein Mensch so die Wahrheit verdrehen!)

Wir laden die Opposition ein, das zu begleiten. Ich hoffe, dass sie das tun werden. Die Verhandlungen werden am Freitag hoffentlich ein positives Signal erbringen.

Sie müssen im Übrigen verdammt aufpassen, wenn Sie in die Regionen in Bayern hinausgehen. Da gibt es viele Kommunalpolitiker Ihrer Fakultät, die es für richtig halten, wenn bayerische Kommunen mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften diese 33.000 Wohnungen erwerben. Wir sollten diesen Prozess deshalb positiv begleiten. Ich plädiere daher dafür, die Anträge von SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN abzulehnen und dem Antrag der CSU und der FDP zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatssekretär, bitte noch einen Moment, wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Wörner von der SPD, bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Pschierer, zunächst einmal darf ich Sie daran erinnern, dass Sie vor einigen Tagen hier drin noch behauptet haben - meiner Meinung nach verfassungswidrig -, dass der Freistaat Bayern mit dem Verkauf der Wohnungen

in der Form, dass Sie diese Wohnungen kaufen, nichts zu tun hat. Wenn man Artikel 106 nicht ideologisch auslegt, wie Sie das tun,

(Widerspruch bei der CSU)

könnten die Wohnungen sehr wohl vom Freistaat Bayern gekauft werden, ich sage Ihnen auch wie: nämlich nicht unmittelbar, sondern mittelbar.

Herr Kollege Pschierer, soviel ich weiß, sind Sie Finanzstaatssekretär. Sie wären eigentlich dafür zuständig, das Geld des Freistaats zu sichern, Werte zu steigern, Zinsen aus den Werten zu erwirtschaften, die der Staat hat, und Mieter zu schützen. Auch das gehört dazu, wenn man sozial sein will, was Sie immer von sich behaupten.

(Zuruf von der CSU: Was soll denn das!)

Wenn Sie die miesen Papiere, die in vielen Stiftungen stecken, die ein ehemaliger Finanzminister und seine klugen Leute angehäuft haben, und die Immobilienwerte, die inzwischen die "Immobilien Freistaat Bayern" verschleudert hat, zusammenrechnen würden, dieses Geld in eine neue Stiftung stecken würden, die dann die neuen Wohnungen kauft, könnten Sie sehr wohl sicherstellen, ohne den Haushalt zu belasten, dass die Mieter sicher wären, dass Sie aus der Stiftung Zinsen erwirtschaften, die wiederum den Stiftungen zugutekämen. Damit hätten Sie vielen etwas Gutes getan. Sie aber treiben die Kommunen in die Schulden.

(Widerspruch bei der CSU)

Was noch viel schlimmer ist: Sie schaffen keine einzige neue Wohnung, keinen einzigen Quadratmeter neuen Wohnraum. Genau das sollten Sie aber tun. Das ist Ihre Aufgabe nach Artikel 106, und genau diese Aufgabe vernachlässigen Sie in diesem Fall, indem Sie den Kommunen sagen, sie sollen die Wohnungen kaufen, weil Sie sich aus rein ideologischen Gründen davor drücken wollen.

(Unruhe bei der CSU - Beifall bei der SPD)

Wenn das die FDP macht, dann sage ich, na ja, von denen wissen wir es ja, aber dass Sie das jetzt auch schon machen, verwundert mich doch sehr.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege Wörner, ich habe nicht aus der Bayerischen Verfassung zitiert, sondern ich habe Artikel 65 der Bayerischen Haushaltsordnung zitiert. Den kennen Sie wohl nicht; denn da steht klar drin, dass der Staat ein unmittelbares Interesse haben muss und dass der gleiche Zweck nicht besser durch Dritte erfüllt werden kann. Ich sage Ihnen noch einmal: Dieser Zweck, nämlich die Sicherung des sozialen Wohnungsbaus, wird durch die bayerischen Kommunen besser erfüllt als durch den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Wörner, ich weiß auch, dass das wehtut. Selbstverständlich schützt aber die Bayerische Staatsregierung die Mieter der 33.000 Wohnungen besser als Rot-Grün in Baden-Württemberg. Das ist so.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Das ist so. Das können Sie doch nicht einfach von der Hand weisen. Wir sagen: Liebe bayerische Kommunen, bildet ein Konsortium und führt exklusive Verkaufsgespräche.

Das Beste ist ja, und das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Kollege Wörner schlägt vor, dass die Bayerische Landesstiftung diese Wohnungen erwerben soll. Ich habe vorhin schon gesagt, dass die GBW eine Aktiengesellschaft ist. Schauen Sie sich doch einmal an, wie hoch die Dividendenrendite ist. Sie dürfte derzeit bei etwa 0,56 % liegen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Die Bayerische Landesstiftung fördert flächendeckend soziale und kulturelle Projekte in ganz Bayern. Liebe Freunde, mit dieser Dividendenrendite können wir die Bayeri-

sche Landesstiftung vergessen; dann brauchen wir uns nicht mehr über bestimmte Maßnahmen in der Fläche zu unterhalten. Das geht nicht, das macht keinen Sinn. Das wird für Sie die Nagelprobe sein. Sie dürfen mir abnehmen, dass Sie jeder in dieser Staatsregierung und jeder Abgeordnete in der Mehrheitsfraktion von CSU und FDP an der Front stellen wird und Ihnen draußen die Frage stellen wird: Welchen Beitrag hast du geleistet, damit die Kommunen in der Lage sind, diese Wohnungen zu kaufen?

(Widerspruch und Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das werden wir Ihnen draußen in den betroffenen Kommunen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Es geht weiter. Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen und danach eine Wortmeldung. Zur nächsten Zwischenbemerkung darf ich Herrn Kollegen Eike Hallitzky das Wort geben, bitte.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Lieber Kollege Franz Pschierer, Sie haben gesagt: Im Interesse der 80.000 Bewohner und Bewohnerinnen erlaube ich keine Zwischenfrage der Kollegin Stamm. Ich habe das Gefühl, das Ihnen ziemlich die Düse geht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ihnen sollte bekannt sein, dass in Baden-Württemberg nicht nur die Schwarzen die Malaise der Landesbank zu verantworten hatten, sondern dass in Baden-Württemberg auch die Schwarzen die Federführung beim Verkauf des Ganzen haben, vor allem den schwarz dominierten Sparkassenverband, der über den größten Anteil verfügt, während die grün-rote Regierung dort lediglich eine Minderheitsbeteiligung hat.

Sie sagen, der diskriminierungsfreie Kauf zu Maximalbedingungen sei gefordert, weil sonst die anderen Anteilseigner klagen würden. Wenn das wirklich so ist, dann kön-

nen die Verhandlungen mit den Kommunen doch nur Showverhandlungen sein mit dem Ziel, einen maximalen Preis herauszuholen; denn anders hätten Sie Probleme mit den anderen Anteilseignern. Sie hätten auch noch ein Problem, weil Sie die Diskriminierungsfreiheit nicht erfüllen. Deswegen unterstelle ich Ihnen, dass Sie hier Showverhandlungen führen. Die wohnungspolitische Verantwortung haben, anders als Sie behaupten, das Land und die Kommunen gemeinsam, nicht die Kommunen allein. Sie haben selbst wohnungspolitische Initiativen im Haushalt. Natürlich hat das Land eine wohnungspolitische Verantwortung. Derzeit ist aber für niemanden erkennbar, dass sie in irgendeiner Form tatsächlich wahrgenommen würde. Das werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Staatssekretär zur Erwiderung bitte.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege Hallitzky, ich fange mit Ihrer letzten Bemerkung an. Der Freistaat Bayern fördert sozialen Wohnungsbau. Vorher ist die Labo erwähnt worden. Diesen Förderauftrag nehmen wir sehr ernst. Es gibt staatliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben eben ausgeführt, dass das nicht Aufgabe des Freistaates Bayern ist!)

Wir fördern, aber wir sind nicht Eigentümer. Das ist doch ein Unterschied. Wir werden doch nicht Eigentümer von 33.000 Wohnungen. Staatsminister Söder wäre dann Vermieter von 33.000 Wohnungen. Das ist doch nicht seine Aufgabe. Das ist die Aufgabe der Kommunen und der Privatwirtschaft in diesem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein zweiter Punkt, Kollege Hallitzky: Wohl wissend, dass die EU eine Vergabe an den Markt will, haben wir gegenüber der EU-Kommission sehr deutlich herausgestellt, dass wir den Erwerb durch ein kommunales Konsortium wollen. Dafür kämpfen wir auch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Stimmt doch gar nicht! - Volkmar Halbleib (SPD): Das haben wir doch durchgesetzt! Sie haben es abgelehnt! - Harald Güller (SPD): Fahrenschon hat genau das Gegenteil behauptet!)

Herr Kollege Hallitzky, Sie wären glaubwürdig, wenn ich heute nicht eine Presseerklärung von Ministerpräsident Kretschmann gelesen hätte. Er hat sich nicht etwa darüber traurig gezeigt, dass es nicht gelungen ist, den baden-württembergischen Kommunen Wohnungen zu verkaufen. Nein, er hat sich positiv darüber geäußert, dass die 21.000 Wohnungen der Landesbank Baden-Württemberg an Patrizia verkauft wurden. Patrizia ist übrigens nur zu einem kleinen Teil in einem Konsortium vertreten. Da sind berufsständische Versorgungswerke und internationale und deutsche Versicherungen dabei. Ich habe keine Kritik von Herrn Kretschmann, einem grünen Ministerpräsidenten, daran gehört, dass es grausam sei, wenn ein schwäbisches Unternehmen mit Sitz in Augsburg, was von Ihnen immer gern als Heuschrecke bezeichnet wird, diese 21.000 Wohnungen gekauft hat. Deshalb ist es Doppelmoral, was Sie hier in diesem Hohen Hause veranstalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pschierer, wenn Sie sich nach rechts wenden, sehen Sie Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, der die nächste Zwischenbemerkung macht.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, nehmen wir einmal theoretisch an, man könnte den irrsinnigen Vorschlägen des Herrn Wörner folgen. Wäre dann die Folge davon eine Diskussion hier im Hohen Hause darüber, dass der Freistaat es verhindert, dass die Kommunen in den Besitz dieser Wohnungen kommen? Ich glaube, es wäre die Folge davon. Deswegen ist die ganze Aufregung auf der linken Seite des Hauses nur eine reine Show. Das finde ich nicht erträglich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Dem kann ich absolut nur zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen, die die Staatsregierung betreffen, liegen mir nicht vor. Damit darf ich Sie, Herr Staatssekretär, erst einmal wieder an Ihren Platz zurückschicken. Eine Redezeit von 1 Minute und 22 Sekunden wäre noch vorhanden, wobei die Staatsregierung immer sprechen darf. Die nächste Wortmeldung in der Debatte kommt von Frau Christine Kamm von den GRÜNEN.

(Zurufe von der CSU - Ulrike Gote (GRÜNE): Geht doch ein Bier trinken!)

Christine Kamm (GRÜNE): Sie haben gesagt, Sie wünschen sich, dass die Kommunen die Wohnungen übernehmen. Dann hoffe ich aber auch darauf, dass die Verhandlungen mit einem sachlicheren und informativeren Ton geführt werden als dem, mit dem heute diese Debatte verlief. Sie haben nicht gesagt, wie Sie sicherstellen wollen, dass die Rechte der Mieterinnen und Mieter geschützt werden. Das Recht, dass 60-Jährigen nicht gekündigt werden darf, kann leicht durch zwei oder drei hintereinander folgende 20-prozentige Mieterhöhungen ausgehebelt werden. Viele Rentnerinnen und Rentner, deren Renten nicht mehr so steigen, können sich diese Wohnungen dann nicht mehr leisten. Das ist ein trauriges Schicksal vieler Mieterinnen und Mieter in München.

(Zuruf von der CSU: Sie haben überhaupt keine Kenntnis!)

- Was heißt hier Kenntnis?

(Peter Winter (CSU): Fragen Sie Herrn Kretschmann, Frau Kamm!)

Sie fordern, dass wir Ihnen sagen, was wir wollen. Die Staatsregierung beantwortet Berichtsanträge nicht. Sie beantwortet Anfragen nicht. Die Staatsregierung stellt keine

Transparenz her. Ein transparentes, faires Verfahren schaut anders aus. Sie haben gesagt, die Mieterinnen und Mieter werden uns die Frage stellen, was wir getan haben, damit das Paket an die Kommunen gehen kann.

(Zurufe des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Schreien Sie nicht immer dazwischen!

(Widerspruch bei der CSU - Tobias Thalhammer (FDP): Frau Kamm, Sie haben hier die ganze Zeit ohne Punkt und Komma geredet! Von Ihnen verbiete ich mir eine solche Bemerkung! - Alexander König (CSU): Eine Unverschämtheit! Dürfen hier nur die GRÜNEN dazwischenrufen? - Markus Rinderspacher (SPD): Immer mal die Ruhe! Erst im Herbst 2013 sind Wahlen! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Herr Präsident, sagen Sie einmal etwas, so kann es nicht weitergehen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich versuche, beide Seiten gleichmäßig zu behandeln. Frau Kollegin, eine Sekunde bitte. Die Zeit bleibt im Moment stehen.

(Alexander König (CSU): Greifen Sie endlich einmal durch, Herr Präsident!)

- Sie müssen zwischenzeitlich aber auch den Präsidenten zu Wort kommen lassen, meine Damen und Herren. Ich versuche, in dieser hitzigen Debatte, in der die Emotionen hochgehen, auf beiden Seiten das gleiche Augenmaß zu bewahren. Jetzt versuchen wir, die letzten Minuten dieser Debatte anständig zu Ende zu bekommen. Bitte lauschen Sie der Rednerin Frau Kamm. Sie hat noch 2 Minuten und 48 Sekunden Redezeit.

Christine Kamm (GRÜNE): Ich stelle die Frage, was Sie getan haben, um den Kommunen tatsächlich ein vernünftiges Angebot zu machen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das habe ich Ihnen doch vorgerechnet!)

- Zu Ihrer Rechnung schicke ich Ihnen noch eine Nachberechnung. Hier am Redepult nur ein paar Zahlen durch die Gegend zu werfen, funktioniert nicht. Die Rechnung, die Sie hier angestellt haben, ist unseriös.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Unseriös ist es, wenn Sie nicht rechnen können!)

- Ich kann natürlich rechnen. Ich kann sogar sehr gut rechnen, Herr Weidenbusch.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Dann machen Sie es doch!)

- Wir werden uns darüber austauschen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Jetzt sollen sie rechnen! Hic Rhodos, hic salta!)

Es ist doch völlig absurd, hier vom Redepult aus ein paar Zahlen hinzuwerfen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Ernst Weidenbusch (CSU): Den Vogel zu zeigen, das ist schon ein hohes Niveau!)

- Wenn ich von Ihnen so angegangen werde - -

(Ernst Weidenbusch (CSU): Den Vogel muss ich mir von Ihnen nicht zeigen lassen!)

Ich hoffe nur, dass Sie die Fragen endlich beantworten, wie es denn gehen kann und wozu und zu welchem Zweck - -

(Alexander König (CSU): Vielleicht kann der Präsident auch einmal eine Rüge aussprechen!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Das mit der Rüge, Herr Kollege, gebe ich gleich einmal zurück. Ich habe die Zwischenrufe von der linken Seite halbwegs geduldet. Ich dulde sie im Moment von der rechten Seite. Wenn man der Debatte aber nicht mehr folgen kann, wird es kritisch.

(Alexander König (CSU): Es geht nicht um die Debatte, sondern es geht darum, dass die Rednerin den Vogel gezeigt hat!)

Ich bitte die Zeit anzuhalten. Wenn Sie sich konzentrieren, ist die Debatte in 1 Minute und 20 Sekunden vorbei. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und von der FDP! Ich kann nicht einmal mehr einzelne Zwischenrufe von Ihnen hören, weil Sie alle geballt und gemeinsam irgendetwas hinein schreien. So geht es nicht, so können wir keine Debatte führen. So können wir den Fragen nicht auf den Grund gehen.

Herr Kollege Pschierer, wenn Sie einen Beitrag dazu geleistet hätten, den Fragen auf den Grund zu gehen, hätten Sie dafür sorgen können - vielleicht können Sie es auch noch nachholen -, dass unsere Berichtsanträge wirklich einmal beantwortet werden. Das halte ich für eine Grundvoraussetzung für ein vernünftiges weiteres Gespräch, nicht aber irgendwelche Zahlen, die vom Redepult verkündet werden.

Ich möchte zur Übernahme von Wohnungen durch die Kommunen nur noch auf ein Beispiel hinweisen. Sicher wird es Kommunen geben, denen es nichts ausmacht, ihre eigenen Wohnungsbestände aus dem Konsortium zu übernehmen. Was aber wird sein, wenn einzelne Kommunen unter kommunaler Haushaltsvorsorge stehen, wenn sie gar keine eigenen Haushalte mehr aufstellen können? Der CSU-Oberbürgermeister der Stadt Landshut zum Beispiel sagt, er kann sich einen solchen Kauf nicht leisten. Reden Sie doch einmal mit Ihrem Oberbürgermeister in Landshut darüber, wie er es sich vorstellt, die Wohnungsbestände zu übernehmen, wenn er sich das nicht leisten kann. Herr Kollege Weidenbusch, ist es dann die Aufgabe der Stadt München - -

(Alexander König (CSU): Redezeit!)

- Entschuldigung, ich habe noch etwas Redezeit.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie bekommen gleich noch mehr Redezeit, weil Sie eine Zwischenbemerkung provoziert haben. Jetzt aber haben Sie keine Redezeit mehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Jetzt habe ich schon noch Redezeit, weil ich zwei Minuten gar nicht reden konnte und die Uhr auch nicht gestoppt worden ist.

Ich möchte von Ihnen eine Antwort darauf haben, ob es Aufgabe der Stadt München oder der Stadt Augsburg ist, Wohnungen für die Kommunen zu übernehmen, die es sich nicht leisten können, ihre eigenen Wohnungsbestände zu kaufen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Redezeit!)

Diese Frage haben Sie nicht beantwortet. Sie weigern sich, diese Fragen zu beantworten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bitte kommen Sie noch einmal zurück zum Pult. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch eine Zwischenbemerkung und danach noch die Erwiderung von Frau Kamm. Die Zwischenrufe sind auf beiden Seiten schwer zu hören, selbst von hier oben. Bitte Konzentration für ein weiteres Wortgefecht, diesmal zwischen Herrn Kollegen Klein und Frau Kollegin Kamm. Ich bitte Sie um Ruhe. Die einzelnen Zwischenrufe werden sonst untergehen. Man wird sie nicht mehr hören. Herr Klein, Sie haben das Wort.

(Tobias Thalhammer (FDP): Frau Kamm, Herr Klein schenkt Ihnen noch Redezeit!)

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident! Frau Kollegin Kamm, ich möchte gar nicht weiter einheizen. Sie behaupten aber immer, dass Sie keine Antworten bekämen. Wenn Ihnen unsere Antworten nicht passen und diese Antworten nicht das treffen, was Sie

gerne hören würden, ist das eine Sache. Behaupten Sie aber nicht ständig, dass Sie keine Antworten bekämen.

Ich gebe Ihnen jetzt noch einmal eine Antwort: Wir haben von Anfang an eine Konsortiumsbildung begrüßt und waren dafür, dass dieses Konsortium die Anteile, die die Landesbank an der GBW hält, übernimmt. Das ist die klare Antwort auf die Frage, die Sie gerade noch einmal gestellt haben. Diese Frage wurde schon mehrmals beantwortet. Noch einmal: Wir begrüßen die Lösung, dass das Konsortium die Anteile übernehmen soll.

Nun zum Thema Sozialcharta. Wie geht es weiter? Wir haben immer wieder erklärt, dass wir uns an den Leitlinien der GBW orientieren wollen. Vielleicht schauen Sie einmal auf die Seite und lesen sie.

Christine Kamm (GRÜNE): Die kenne ich. Die müssen Sie nicht vorlesen.

Karsten Klein (FDP): Sie fordern immer wieder, dass keine Luxusmodernisierungen vorgenommen und die Wohnungen nicht in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen. Diese zwei Punkte stehen in den sozialen Leitlinien. Diese Punkte stehen leider nur in abgeschwächter Form in der Sozialcharta des Landes Baden-Württemberg. Dort ist das Ganze auf fünf Jahre begrenzt. Wir orientieren uns bei der Sozialcharta an diesen Leitlinien. Hier gibt es klare Antworten der Regierungskoalition und der sie tragenden Fraktionen. Diese Antworten mögen Ihnen nicht passen, gerade im Hinblick auf die Bedingungen, die in Baden-Württemberg herrschen. Es gibt jedoch Antworten. Deshalb lasse ich mir von Ihnen nicht ständig sagen, dass wir diese Fragen nicht beantworten würden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kamm, Sie haben zwei Minuten zur Erwiderung.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Klein, wir haben im Januar 2011 einen Berichtsantrag eingebracht, der bis heute nicht beantwortet worden ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aus dem Jahr 2010 war der! - Albert Füracker (CSU): Mit Zahlen habt Ihr scheinbar Probleme!)

- Dieser Antrag wurde über ein Jahr lang nicht beantwortet. Machen Sie doch hier keine Witze. Es wäre an der Zeit, dass dieser Antrag endlich beantwortet würde.

Der nächste Punkt. Sie sagen, Ihre Antworten würden uns nicht passen. Ich habe heute von Ihnen leider nichts zur Sache erfahren. Wie steht es beispielsweise mit dem Problem der Wohnungsbestände in einem Konsortium, wenn nicht alle Kommunen ihre Anteile übernehmen können? Wer übernimmt dann den Rest? Ist es Aufgabe der Kommunen, Wohnungen in anderen Kommunen zu übernehmen? Diese Frage ist nicht beantwortet.

Nun zur Forderung, keine Luxusmodernisierungen vorzunehmen und keine Wohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Diese Forderung steht bisher schon im Leitbild der GBW, allerdings findet immer noch das Gegenteil statt. Darüber sollten Sie sich Gedanken machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Besteht damit Einverständnis, dass ich über die Dringlichkeitsanträge insgesamt abstimmen lasse und der Abstimmung jeweils das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde lege? - Ich höre keinen Widerspruch. Wir verfahren so.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke,

das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe noch nicht den nächsten Tagesordnungspunkt auf; denn mir liegt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, "Aufklärung über Einsatz durch Beamte der Polizeiinspektion Rosenheim", Drucksache 16/10301, vor: Mit Ja haben 61, mit Nein 78 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)